

## 4.2 Interessenverbände

In einem Staat gibt es unterschiedliche Gruppen, die verschiedene Interessen verfolgen. UnternehmerInnen wollen Kosten sparen und sind daher eher an niedrigen Löhnen und geringen Lohnsteigerungen interessiert. Beschäftigte hingegen wollen ihre Arbeit ordentlich entlohnt haben und treten für kräftige Lohnsteigerungen ein. Nach 1945 hat sich in Österreich das Modell der **Sozialpartnerschaft** entwickelt. Zu den Sozialpartnern werden gezählt: auf Arbeitnehmerseite der Österreichische Gewerkschaftsbund und die Arbeiterkammer, auf Arbeitgeberseite die Wirtschaftskammer und die Landwirtschaftskammer. Die Sozialpartner sollen für einen friedlichen Interessenausgleich zwischen ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen sorgen, u.a. durch:

- **Kollektivvertrags**verhandlungen
- Stellungnahmen im Gesetzgebungsprozess
- Mitwirkung in Ausschüssen, Kommissionen und Beiräten (z. B. Kartellwesen, Konsumentenpolitik)
- Im Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen werden gemeinsame Standpunkte und Studien erarbeitet.

### Kollektivvertrag

Kollektivverträge werden je Berufsgruppe ausverhandelt. Darin sind u.a. Mindestlöhne, Arbeitszeit, Urlaubs- und Weihnachtsgeld, Zulagen, Überstundenregelungen und Kündigungsschutz festgelegt.

### Der österreichische Gewerkschaftsbund (ÖGB)

Der 1945 gegründete Österreichische Gewerkschaftsbund (ÖGB) hat ca. 1,2 Millionen Mitglieder (Stand: 2013) und besteht aus verschiedenen Teilorganisationen. Neben den jeweiligen Landesorganisationen gibt es sieben verschiedene Teilgewerkschaften wie z. B. die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD), die Gewerkschaft der Privatangestellten oder der Gemeindebediensteten. Vorrangiges Ziel des ÖGB ist es, die ArbeitnehmerInnen **gegenüber ArbeitgeberInnen** und dem Staat **zu vertreten**. Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf Themen wie soziale Sicherheit, **Chancengleichheit**, **Gleichberechtigung**, **Diskriminierung** oder **Rassismus**. Zusätzlich gibt es verschiedene Serviceleistungen sowie eine **Rechtsvertretung**. Der ÖGB bezeichnet sich selbst als überparteilich, allerdings ist in Bezug auf die politische Vernetzung ein Naheverhältnis zur SPÖ erkennbar. Viele ÖGB-Vertreter hatten in weiterer Folge hohe politische Ämter inne: Franz Olah (Innenminister), Anton Benya (Nationalratspräsident), Rudolf Hundstorfer (Sozialminister).

### Die Arbeiterkammer (AK)

Neben dem ÖGB spielt auch die Arbeiterkammer, 1920 gegründet, eine tragende Rolle bei der Vertretung der ArbeitnehmerInnen. Es gibt in jedem Bundesland eine Arbeiterkammer. Ihre Kernaufgaben liegen in der **Beratung** und **rechtlichen Vertretung** aller ArbeitnehmerInnen, insbesondere in Fragen des **Arbeitsrechts**. Es wird auch eine **Rechtsvertretung vor Gericht** geboten. Über den Verein für **Konsumenteninformation (VKI)** setzt sich die Arbeiterkammer auch für den **Konsumentenschutz** ein. Die politischen Forderungen sind denen des ÖGB ähnlich und eine Nähe zur SPÖ ist durchaus erkennbar.

### Die Wirtschaftskammer (WKO)

Die Wirtschaftskammern Österreichs, 1848 gegründet, vertreten ca. 480 000 Mitgliedsbetriebe (Stand: 2015). In allen Bundesländern gibt es Vertretungen, innerhalb der WKO gibt es verschiedene Sparten (Tourismus, Industrie etc.). Jede **gewerblich tätige Person in Österreich** ist verpflichtet, bei der Kammer Mitglied zu sein (= **Pflichtmitgliedschaft**). Die Leistungen umfassen ein umfangreiches Service für Mitglieder (**Rechtsberatung**, **Bildungseinrichtungen wie WIFI**), aber auch Öffentlichkeitsarbeit und politische Mitgestaltung **im Sinne einer wirtschaftsfreundlichen Politik** (**Steuerentlastung**, **Bürokratieabbau**, **Förderungen**). Die Wirtschaftskammer ist eindeutig ÖVP-dominiert und dementsprechend hoch liegt der ÖVP-Anteil bei internen Wahlen (rund 70 %). Julius Raab, Bundeskanzler von 1953 bis 1961, war z. B. Präsident der WKO.

### Die Landwirtschaftskammer (LWK)

In jedem Bundesland ist es die vorrangige Aufgabe der LWK, die österreichischen LandwirtInnen zu vertreten. Wichtige Ziele sind die **unbedingte Beibehaltung der europäischen Agrarsubventionen** und der Versuch, möglichst viele **bäuerliche Existenzen zu erhalten**. Generell versucht die Landwirtschaftskammer auch, den **ländlichen Raum zu fördern** und eine **moderne Umweltschutzpolitik** zu verankern. Politisch gesehen ist eine Nähe zur ÖVP erkennbar.

### Die Industriellenvereinigung (IV)

Im Jahre 1862 gegründet, unterstützt die Industriellenvereinigung vornehmlich die österreichische Industrie. Die rund 4200 Mitglieder (Stand: 2015) leisten freiwillig Mitgliedsbeiträge, im Gegenzug versucht die IV, **Einfluss auf das Wirtschaftsleben zu nehmen**. Schwerpunktthemen sind Maßnahmen zur **Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit**, **Privatisierungen** und **Steuersenkungen**. Von KritikerInnen wird sie als Vertretung des Großkapitals gesehen. Man kann die Industriellenvereinigung als Lobbyorganisation bezeichnen, die versucht, bis zur europäischen Ebene **Einfluss zu nehmen**. Daneben übernimmt die IV auch Beratungstätigkeiten durch die neun Landesorganisationen und die übergeordnete Bundesorganisation. → 4.2.A → 4.2.B

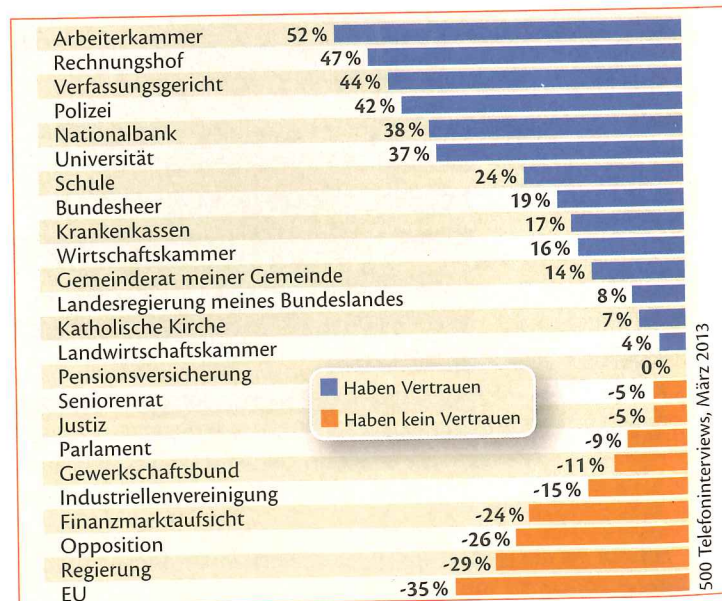


Abb. 76.1: Das Vertrauen in die Institutionen (Daten nach: OGM)



Aussagen / Forderungen!

## → 4.2.A PSK Aussagen zuordnen

VERSTEHEN ✓

Ordnen Sie folgende Aussagen einem der fünf Interessenverbände zu (ÖGB, WKO, AK, LWK, IV).

Begründen Sie, warum Sie die Aussagen dem jeweiligen Verband zugeordnet haben.

- 1 ▶ Die Ladenöffnungszeiten sind unbedingt zu liberalisieren, da damit mehr Gewinn erzielt werden kann und letztlich auch neue Arbeitsplätze geschaffen werden können.
- 2 ▶ Die vollständige Freigabe der Ladenöffnungszeiten führt lediglich zu einer Verlagerung des Kaufvolumens.
- 3 ▶ Die Leistungsträger einer Volkswirtschaft müssen durch Steuersenkungen drastisch entlastet werden.
- 4 ▶ Über 2 Millionen Beschäftigte sind ohnehin von der Lohn- und Einkommensteuer befreit.
- 5 ▶ Der permanente Versuch, Konsumentenschutzrechte zu verschlechtern, ist entschieden abzulehnen.
- 6 ▶ Die Gewinnsteuern sind vor allem für österreichische Großbetriebe zu senken. Ansonsten leidet ihre Wettbewerbsfähigkeit weiterhin.
- 7 ▶ Die Reformen zur europäischen Agrarpolitik stellen eine massive Verschlechterung für die Bauern dar. Nationale Maßnahmen müssen zumindest für einen bestimmten Übergangszeitraum bestehen.
- 8 ▶ Vertragsbedienstete und Beamte sind im Rahmen eines neuen Dienst- und Besoldungsrechtes keinesfalls schlechter zu stellen als bisher.
- 9 ▶ Der Strukturwandel in der Landwirtschaft führt zu einer weiteren Entvölkerung der ländlichen Regionen. Durch verstärkte Direktfinanzierung der Bauern muss hier gegengesteuert werden.
- 10 ▶ Studiengebühren sind gänzlich abzuschaffen, da Bildung ein Grundrecht darstellt.
- 11 ▶ KonsumentInnen müssen für die erworbenen Produkte umfangreiche Garantien und Gewährleistungen erhalten.

## → 4.2.B PMK Interessenvertretungen und der Faktor Arbeit

ANALYSIEREN ✓

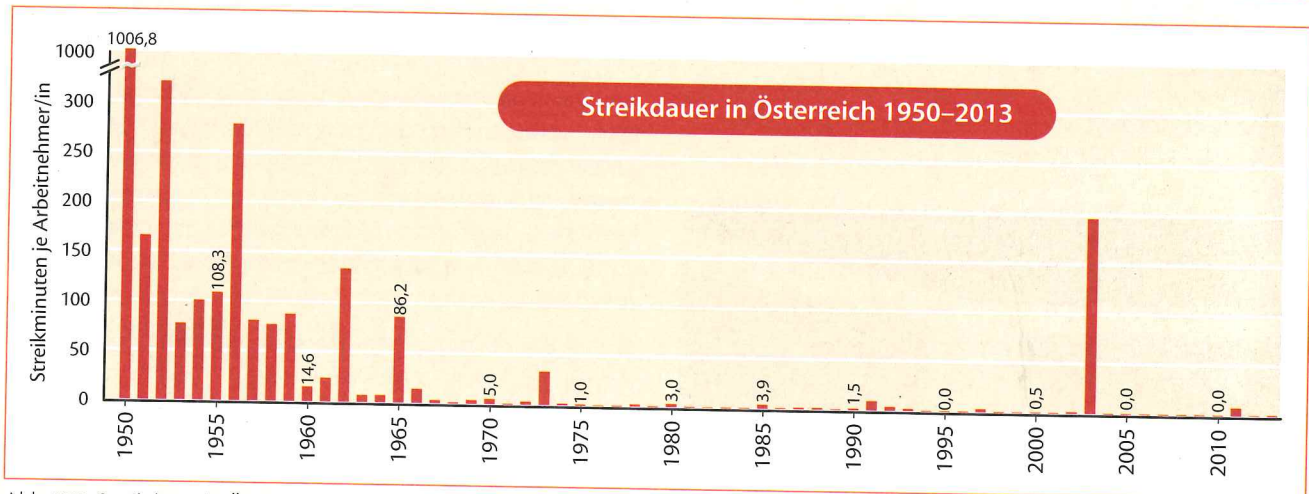


Abb. 77.1: Streikdauer in Österreich 1950–2013 (Daten nach: AK/ÖGB)

**Analysieren Sie die Grafik.** Haben es Ihrer Meinung nach die verschiedenen Interessenvertretungen geschafft, für ein faires Klima und faire Bedingungen zwischen ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen zu sorgen? **Begründen Sie Ihre Meinung.**

**Recherchieren Sie die Ursachen für den Streik in Österreich 2003.**

---



---



---



---



---



---